

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10geheft. Kolonelleite 35 Pf., bei Platzvorteil 40 Pf., Stellenangebote 10geheft. Kolonelleite 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10geheft. Kolonelleite mit 50% Nachlag. Reklameseite 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10geheft. Kolonelleite 40 Pf., bei Platzvorteil, 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

1500 Kranke, 30 Tote in Hannover.

Noch mehr Erkrankungen, noch mehr Tote zu erwarten!

Ausbreitung über Hannover hinaus.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst wird aus Hannover von einem dorthin entsandten Kommissar des preussischen Gesundheitsministeriums gemeldet: Die Zahl der Typhusfälle betrug Dienstagabend rund 1000, die Zahl der Todesfälle 30. Leider muß nach menschlichem Ermessen mit einem weiteren Ansteigen der Erkrankungen gerechnet werden, da die Inkubationszeit, d. h. die Zeit von Beginn der Ansteckung bis zum Ausbruch der Krankheit, noch nicht abgelaufen ist. Ebenso muß leider mit weiteren Todesfällen gerechnet werden, da der Verlauf der Erkrankung zum Teil ernst ist. Außer den genannten 1000 Kranken, die bereits in Krankenhäusern und Schulen isoliert sind, dürften noch mehrere Hundert Erkrankte in den Wohnungen untergebracht sein. Für Unterbringung auch dieser Erkrankten in Krankenhäusern und Schulen ist gesorgt. Für weitere Erkrankungen sind ebenfalls Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden. Sowohl mit dem Wehrkreis-Kommando wie mit dem Robert-Koch-Institut sind Maßnahmen zur Entlastung von nötigenfalls Tausenden von Betten vereinbart. Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariterbund leisten wirksame Hilfe.

Ueber die Ursache der Erkrankungen haben die am Dienstag getroffenen Feststellungen die Annahme bestätigt, daß bei der Mitte August beobachteten Verunreinigung des Rickinger Wasserwerkes auch Typhuskeime in die Leitung gelangt sind. Fast alle Erkrankungen stammen aus den Stadtteilen, die von dem Rickinger Wasserwerk mit Trinkwasser versorgt werden. Alle Erkrankungen datieren von Anfang September, d. h. etwa 16 Tage nach der beobachteten Verunreinigung. Diese Frist stimmt genau mit der Inkubationszeit überein. Die verunreinigten Brunnen sind jetzt ausgepumpt, und das gesamte Wasser wird behördlich kontrolliert. In den letzten 14 Tagen ist die Keimzahl Null. Sämtliche benutzten Wasserwerke

liefern einwandfreies Wasser. Es ist nicht anzunehmen, daß vom Wassergrub weitere Infektionen auftreten. Immerhin ist es möglich und in gewissem Grade wahrscheinlich, daß durch Kontakt noch weitere Erkrankungen vorkommen.

Die Typhus-Epidemie dehnt sich über das Weichbild der Stadt aus. Wie aus Barsinghausen, Empelde, Eggestorf, Lette und Seeje im Landkreis Minden gemeldet wird, sind auch dort Typhusfälle zu verzeichnen. Die behördlichen Stellen sind bemüht, weitgehende Sicherungen zu schaffen.

Schwere Anklagen.

Dr. med. Fromm schreibt im Hann. Kurier:

Es fragt sich nun der beschränkte Untertanenverstand, ob es nicht möglich gewesen wäre, dieses Unglück zu verhüten, und die Frage muß mit einem unbedingten „Ja“ beantwortet werden. Eine schwere Anklage bildet die nüchterne Aufzählung der Daten. Am 14. August wurde eine erhöhte Keimzahl im Trinkwasser festgestellt, eine weitere ganz erhebliche Vermehrung am 18. August. Auf diese beiden Warnungssignale hin hätte die Bevölkerung der Stadt sofort durch Anschläge an den Wasserleitungen und durch die Presse aufgefordert werden müssen, nur abgekochtes Trinkwasser zu genießen, bis die Untersuchung wieder ein einwandfreies Trinkwasser ergab. Erst am 23. August wurde in dankenswerter Weise durch das Polizeipräsidium vor dem Genuß ungekochten Wassers gewarnt, gleichzeitig durch „die zuständige Stelle“ mitgeteilt, daß „das Trinkwasser einwandfrei sein müsse, da durch am 20. August eingeschickte stärkere Chlorierung jetzt keine Gefahr mehr bestünde“. Die Darmerkrankungen wurden nach den behördlichen Erklärungen als „völlig harmlos“ hingestellt und das „Wasser stets als völlig einwandfrei“. Zugabeden, daß die Untersuchungen sehr schwierig und unständig waren, so hätte durch rechtzeitige Warnung doch viel Unheil verhütet werden können.

Paratyphus in Duisburg.

Infolge Genußes verdorbener Leberwurst sind in Duisburg-Hochfeld 37 Personen erkrankt. Elf von ihnen mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Die Wegererei, aus der die verdorbene Wurst stammt, wurde von der Polizei geschlossen, nachdem durch die bakteriologische Untersuchung bei einigen Erkrankten Paratyphus festgestellt worden war.

Wettbewerb um den Balkan. Hintergründe von Genf.

—r— Als in Versailles der große Schacher um die Aufteilung der Kriegsbeute abgeschlossen ward, sah man den Südbalkan und Osten Europas bis zur Grenze des Sowjetreiches dem Einfluß des französischen Kapitals zugesprochen. Zur Befestigung seiner Erfolge schuf Frankreich in der Kleinen Entente eine Staatenkombination, die Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei umfaßte, ihm als Stützpunkt in seiner Offensive gegen Rußland, als auch gegen das besiegte Deutschland und die Rumpublik Österreich Jahre hindurch diente. Indes hatten die kapitalistischen Interessen in New York, London und anderen Zentren des Weltkapitals jene Domäne keineswegs in Ewigkeit und Ewigkeit der Pariser Hochfinanz überlassen. Sehr bald begann die kapitalistische Durchdringung des Balkans und der Staaten der Kleinen Entente. Zur Zeit des Abschlusses der Reparationskämpfe im Westen hatten sich hier bereits Tendenzen herausgebildet, deren Durchsetzung die Auflösung der Kleinen Entente bedeuten mußte. Auf der Temesvarer Konferenz der Kleinen Entente im Februar dieses Jahres trat der innere Zerfall des südbalkanischen Staatenbundes deutlich in Erscheinung. Der ungarische Frankensässlerfandall bedeutete zum letzten Male so etwas wie einen Ansporn zur Bildung einer Einheitsfront gegen Ungarn. Doch auch hier war von der Einheitslichkeit der Interessen nicht mehr die Rede. Rumänien brach aus der gemeinsamen Front aus, die Protestaktion gegen Ungarn unterblieb. Ebenowenig konnte ein einheitliches Vorgehen Rußland gegenüber beschlossen werden, wiewohl es den Anstrengungen des damaligen rumänischen Außenministers Duca immerhin noch gelang, seinen Prager Kollegen Bensch von einem Abschluß mit Rußland abzubringen.

Auch gegenüber der „großen“ europäischen Politik mußte die einstige Einheitsfront Prag-Belgrad-Bukarest verjagen. Der französische Einfluß war zurückgegangen, in Rumänien hatte sich englisches, in Jugoslawien amerikanisch-italienisches Kapital eingenistet, während die Tschechoslowakei ihrer wirtschaftlichen Struktur zufolge immer enger in das mitteleuropäische Wirtschaftssystem einbezogen wurde. In den Anruferstaaten der Kleinen Entente hatten sich ebenfalls erhebliche Wandlungen vollzogen: in Bulgarien machte sich italienisches und durch seine Vermittlung amerikanisches Kapital geltend, in der polnischen Industrie wurde die französische Beteiligung durch die englischen Interessen stark zurückgedrängt. Die am 17. und 18. Juni in Wiesbaden stattgefundene Konferenz der Kleinen Entente hatte zwar den Drei-Staatenbund feierlich erneuert, sie hat aber zugleich praktisch gezeigt, daß die Interessen der Bundesgenossen nicht mehr unter einen Hut zu bringen waren.

In die südoeuropäische Kräftekonstellation hat nun die koloniale Expansion des italienischen Fasizismus wesentlich neue Momente hineingetragen. Mussolinis Pläne waren in der Tat weitreichend und beinahe himmelstürmend. Nicht weniger sollte erreicht werden als eine vollkommene Unterwerfung des Balkans unter die Herrschaft der italienischen Diktatur. Immer wieder tauchte der Plan auf, durch einen italienischen Eisenbahnbau von Spalato über Belgrad und Bukarest bis nach Odessa, durch die Durchführung der sogenannten Balkan-Transversale, Italien mit dem ganzen südoeuropäischen Wirtschaftsgebiet zu verbinden. Dieser Plan, der offensichtlich von dem Interesse des amerikanischen Kapitals getragen wurde, sollte, soweit er auf jugoslawische Widerstände stieß, mit Hilfe eines komplizierten politischen Systems verwirklicht werden, das sich auf die eine Formel bringen läßt: Einkreisung Jugoslawiens. Nächstfolgende Reise nach Rom am Vorabend der Wärtztagung des Völkerbundes brachte den Italienern nicht den erhofften Erfolg: Nächstfolgend fuhr nach Paris, um dort eine Rückversicherung gegen die „Freundschaft“ mit Italien in die Wege zu leiten. Auch die italienisch-jugoslawischen Wirtschaftsabmachungen von Nettuno konnten in Rom, so sehr sie in Jugoslawien angegriffen worden sind, nicht befriedigen. Es wurde denn auch die politische Einkreisung des widerspenstigen Vertragspartners mit aller Energie in Szene gesetzt.

Die Ablösung der Regierung Bratianu durch das faschistische System Averescu in Rumänien schuf die politischen Vorbedingungen für eine italienische Einflussnahme in Bukarest, die wirtschaftlich in der überaus ungünstigen italienischen Anleihe für Rumänien ihren Ausdruck fand. In Albanien hatte der Einfluß des englisch-italienischen Diktators, der sogar die amerikanische Beteiligung auszuschalten verstanden hatte, und die Gründung einer in italienischen Händen befindlichen Staatsbank die jugoslawischen Interessen gezwungen, in eine Aufteilung der Einflussphäre zu willigen. Schließlich wurde durch den italienischen Einfluß in Sofia auf den Südbalkanstaat ein fühlbarer politischer Druck ausgeübt. Die in der bulgarischen Politik seit dem Rücktritt Jantows wirksamen Bestrebungen, zu einer Föderation mit Südbalkan und damit zu einer Lösung der immer wieder akut werdenden mazedonischen Frage zu gelangen, unterlagen dem gemeinsamen Ansturm der italienischen Außen-

Die Ratsverhandlung.

WTB. Genf, 14. September.

In der heutigen öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses der Versammlung, auf deren Entscheidung sich das Interesse im Augenblick konzentriert, wurden die gestern abgefaßten Vorschläge der Unterkommision punktweise durchberaten. Die Sitzung begann um 10.30 Uhr und führte um 12.30 Uhr zur Annahme eines von Loucheur-Frankreich eingebrachten Änderungsantrages, wonach bei der Abstimmung über die Wiederwählbarkeit von nichtständigen Ratsmitgliedern weiche Stimmzettel überhaupt nicht gezählt werden sollen. Nach dem Abstimmungsbrauch des Völkerbundes bedeuten die weichen Stimmzettel weder ja noch nein; sie hätten aber, wenn sie nach dem Antrag der Unterkommision gezählt würden, die Erlangung der erforderlichen Zweidrittelmehrheit erleichtert. Im übrigen sind in dem nunmehr vorliegenden Plan folgende Bestimmungen von Interesse:

1. Im Falle des Ausscheidens von Mitgliedern aus dem Rat vor Ablauf ihrer Mandatsdauer hat in der nächsten Völkerbundsversammlung eine Nachwahl zu erfolgen, und zwar nur für die Laufzeit des festgewordenen Mandats;

2. während normalerweise einer nicht begrenzten Zahl von Mitgliedern die Wiederwählbarkeit mit Zweidrittelmehrheit verbleiben werden kann, von denen jedoch nie mehr als drei gleichzeitig dem Rat angehören dürfen, wird in den Übergangsbestimmungen für 1926 bestimmt, daß die Wiederwählbarkeit im höchsten Falle drei Mitgliedern verliehen werden darf. In allen Fällen ist die Zahl der erlangten Stimmen entscheidend, dergestalt, daß die Mitglieder mit den wenigsten Stimmen, auch wenn sie Zweidrittelmehrheit erlangt haben, ausfallen.

Weiter wird in den Übergangsbestimmungen festgestellt, daß die Versammlungen von 1927 und 1928 ganz ausnahmsweise die Wiederwählbarkeit weiteren Mitgliedern verliehen können, auch wenn schon 1926 die vorgesehene Höchstzahl von drei Mitgliedern diese Eigenschaft erlangt haben sollte. Die übrigen Bestimmungen entsprechen den bereits bekannten Vorschlägen der Studien-Kommision für die Ratsreform.

Die Annahme des Antrages Loucheur, die übrigens bei Widerstand der Kleinen nur mit der knappen Mehrheit von 19 : 16 Stimmen erfolgte, ergibt eine Abweichung von dem Text der Studien-Kommision. In der Nachmittagsitzung wurde ein norwegischer Antrag angenommen, wodurch das Recht der Vollversammlung, eine Neuwahl vorzunehmen, sobald es die erforderliche Mehrheit des Rates verlangt, noch besonders in die Ratsreformbestimmungen eingefügt wurde.

Die Locarno-Verträge in Kraft gesetzt.

TU. Genf, 14. September.

Um 11 Uhr vormittags fand im Völkerbundssekretariat die feierliche Hinterlegung der Ratifikationsurkunden

der Locarno-Verträge durch die ersten Delegierten der am Locarno-Abkommen beteiligten Mächte statt. Deutschland war durch Dr. Stresemann vertreten.

SPD. Genf, 15. September. (Radio.)

Die Besprechungen zwischen Dr. Stresemann und Briand über die Gesamtheit der Deutschland und Frankreich berührenden Probleme werden am ganzen Tag über stattfinden.

Genfer Debatte über den Ratsbericht.

SPD. Genf, 14. September.

Die Vollversammlung des Völkerbundes beendete am Dienstagmittag in einer kurzen Sitzung die Generaldenbatte über den Tätigkeitsbericht des Rates und des Sekretariats.

Einleitend wurde eine von Lord Cecil eingebrachte Entschließung auf Vorschlag der zuständigen Kommission einstimmig angenommen. In ihr wird der Völkerbundsrat ersucht, das eigentliche Tätigkeitsgebiet des Bundes durch eine besondere Kommission umgrenzen zu lassen. In der folgenden Generaldenbatte nahm zunächst der bulgarische Außenminister das Wort. Er dankte für die schnelle Erledigung der Grenzwidersprüche an der griechisch-bulgarischen Grenze durch den Völkerbundsrat und für die seinem Lande gewährte Flüchtlingsanleihe. Der holländische Delegierte widmete besonders den Arbeiten des Sachverständigenausschusses für die Vereinheitlichung des internationalen Rechtes Anerkennung. Auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wurde von ihm warm gewürdigt. Den Rücktritt Brasiliens und Spaniens nimmt er nicht tragisch. Es handle sich hier um vorübergehende Enttäuschungen, die vom Völkerbund ertragen werden müßten.

Der norwegische Ratsen bezeichnete die Abrüstungsfrage als das wichtigste Problem des Völkerbundes. Er beschäftigte sich dann noch mit der Versorgung der armenischen Flüchtlinge, die auf zahlreiche große Schwierigkeiten stößt. Ueber einen Antrag des Redners, den Bericht der Mandatskommision der 6. Kommission zu überweisen, wird die Versammlung in einer späteren Sitzung entscheiden. Der rumänische Außenminister versicherte dann den Völkerbund nochmals der großen Anhänglichkeit Rumäniens und wiederholte dessen Bereitwilligkeit, auf der Basis der bestehenden Grenzen Schiedsverträge mit allen Nachbarstaaten abzuschließen.

Am Schluß der Sitzung wurde ein gemeinsamer Antrag von Polen, Finnland und Schweden verlesen, in dem der Völkerbund ersucht wird, in Zukunft für die Bekämpfung des Alkohols die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Der Antrag wurde an die zuständige Kommission überwiesen.

Fortsetzung der deutsch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen. Zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung ist vereinbart worden, daß die im Juli d. J. begonnenen Handelsvertragsverhandlungen am 30. September in Berlin fortgesetzt werden sollen.